

Evangelische Perspektiven

Das Magazin der Landeskirche Braunschweig

2 | 2024



Nach den Rechten sehen

Die Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ (IKDR) tritt ein für Europa und wendet sich gegen menschenfeindliche Haltungen. Durch die Mitwirkung an Kundgebungen und Projekten. Unter dem Motto „Unser Kreuz hat keine Haken“. Auch in der Landeskirche Braunschweig.

Nach den Rechten sehen

Die Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ (IKDR) tritt menschenfeindlichen Haltungen entgegen. Durch die Mitwirkung an Kundgebungen und Projekten. Unter dem Motto „Unser Kreuz hat keine Haken“. Auch in der Landeskirche Braunschweig wächst dafür die Unterstützung.





Foto: AgenturHübner

Teambesprechung (v.l.): Pfarrerin Kerstin Drömann, Oberkirchenrat i.R. Klaus Burckhardt, Pfarrerin Sabine Wittekopf, Propst Lars Dedekind.

Ob menschenverachtende Hetze gegen Minderheiten, obskure Verschwörungstheorien oder Pläne zu Zwangsdeportationen – im gesellschaftspolitischen Diskurs werden extreme Positionen salonfähiger. Vor allem die Wahlerfolge der in Teilen als gesichert rechtsextrem geltenden AfD wie auch die rechtspopulistische Hetze in den sozialen Medien und Netzwerken setzen die Demokratie in Deutschland unter Druck.

Zugleich stellen sich immer mehr Menschen solchen Tendenzen entgegen. So zum Beispiel die Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ (IKDR) Niedersachsen, die auch in der Landeskirche Braunschweig aktiv ist. Ihr Motto lautet: „Unser Kreuz hat keine Haken.“

Laut IKDR stellt der Rechtsextremismus „eine Ideologie der Ungleichwertigkeit und Gewaltakzeptanz“ dar. Dessen „rassistische, nationalistische, antisemitische und antidemokratische Tendenzen“ widersprechen fundamental dem christlichen Glauben. Völkisch-nationale Gesinnungen sowie menschenverachtende Haltungen und Äußerungen seien mit den Grundsätzen des christlichen Glaubens in keiner Weise vereinbar, betonte jüngst

auch die amtierende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Kirsten Fehrs.

Und aus katholischer Sicht befindet die Deutsche Bischofskonferenz: „Die AfD ist für Christen nicht wählbar.“ So weit besteht in den Kirchen Einigkeit. Doch wer stellt sich dem rechtsextremen Treiben jeweils vor Ort konkret entgegen? Es sind Menschen wie Klaus J. Burckhardt, Ruhestandspfarrer und früherer Oberkirchenrat der EKD. Er ist einer der IKDR-Aktiven in der Region Braunschweig.

Die IKDR will mit ihrer Arbeit rechtsextremen und menschenfeindlichen Haltungen innerhalb und außerhalb der Kirche entgegentreten.

Kundgebung des „Bündnis gegen Rechts“ am 3. Mai auf dem Frankfurter Platz in Braunschweig: Etwa 300 Menschen protestieren gegen die Bedrohung durch Neonazis. Auslöser ist der polizeibekannt Neonazi Lasse R., der in einem benachbarten Haus ein Tattoostudio einrich-



Foto: Privat

Kundgebung in Braunschweig: das Motto der IKDR lautet „Unser Kreuz hat keine Haken“.

ten will. Auch Klaus Burckhardt von der IKDR befürchtet, dass das Westliche Ringgebiet zu einem Treffpunkt für Rechtsextreme werden könnte, der weitere Neonazis auch von außerhalb Braunschweigs anzieht.

Während der Kundgebung verliest Burckhardt ein Statement, das vom verhinderten Pfarrer Jakob Timmermann von der Michaeliskirche verfasst wurde. Denn am besagten Haus befindet sich ein Schaukasten der Kirchengemeinde St. Michaelis. Dort hängte die Gemeinde am 22. März 2024 ein Plakat aus. Ein Plakat, das in Regenbogenfarben zeige, wofür sie stehe, verliest Burckhardt: „Nämlich für eine bunte Gesellschaft, in der alle Heimat haben. Eine Heimat ohne Angst.“

Bald darauf wurde der Schaukasten beschmiert. Burckhardt kritisiert: „Wer sich für Vielfalt einsetzt, soll eingeschüchert werden, aber den Gefallen tut ihnen Michaelis nicht. Michaelis wird den Schaukasten so oft putzen, wie es nötig ist, damit die Botschaft klar erkennbar bleibt: Wir sind mehr.“

Darum geht es der Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“: Sie will mit ihrer Arbeit rechts-extreme und menschenfeindliche Haltungen innerhalb und außerhalb der christlichen Kirchen in Niedersachsen benennen und ihnen entgegentreten. Nicht nur durch Präsenz auf Kundgebungen, sondern auch durch inhaltliche Vernetzung auf Bundes-, Landes- sowie lokaler Ebene.

Etwa 70 Personen sind im Bereich der Landeskirche Braunschweig in der Initiative bereits aktiv. Gut ein Dutzend kommt zu den regelmäßigen Treffen. Gemeinsam mit Klaus Burckhardt wirken die Pfarrerin Sabine Wittekopf und Kerstin Drömann sowie Propst Lars Dedekind als Vorbereitungskreis im Rat der IKDR in der Region der Landeskirche Braunschweig mit.

So ist die Initiative zum Beispiel mit Aktionen in Goslar, Bad Harzburg und Schöppenstedt präsent. Sie hat Arbeitshilfen und Materialien für die Arbeit in Kirchengemeinden erstellt, darunter die mehr als 60 Seiten umfassende Broschüre „Wir müssen mal nach dem/den Rechten sehen“. Dazu kommen Workshops. Für die Kirchengemeinden werden zudem thematische Banner und Aufsteller angeboten.

In der Regel seien die Kirchenkerngemeinden anti-rassistisch eingestellt, sagt Burckhardt. Doch Fälle von Pfarrern und Kirchenvorstehern in anderen Landeskirchen, die sich offen zugunsten der AfD positionieren oder gar für diese Partei kandidieren, sorgten bereits bundesweit für Schlagzeilen.

Wichtig sind der IKDR Schulprojekte, zum Beispiel zu den Themen „Vorurteile – Feindbilder – Respekt“. Dazu zählt das Schulprojekt „Vorfahrt für Vielfalt - Fokus Israel-Palästina“, das als Reaktion auf den Terror-Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 und anschließende Auseinandersetzungen auf deutschen Straßen und in Schulen initiiert wurde.

„Dafür hat eine interreligiöse Projektgruppe der Region Braunschweig geeignetes Bildungsmaterial gesichtet und es für die Praxis nutzbar gemacht“, erklärt Burckhardt. Bisher sei dieses Projekt an acht Schulen in sechs Städten mit sehr positiven Rückmeldungen eingesetzt worden.

Unter dem Titel „Zur Freiheit berufen! Unser Kreuz hat keine Haken!“ bietet die Initiative auch zwei Gottesdienstmodelle zum Reformationstag für Kirchengemeinden und Schulen an. Und damit geöffnete Kirchen nicht „so leicht angreifbar“ sind, wurde eine Hausordnung entwickelt, die inzwischen in der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen verbreitet ist.

Im Grunde, so Burckhardt, handele es sich um Hilfestellungen, welche die Sprachlosigkeit gegenüber Rechtsextremismus und rechtspopulistischen Tendenzen überwinden helfen sollen. Die wichtige Frage lautet stets: „Was können Kirchengemeinden tun?“ Burckhardts Antwort: „Wir wollen nicht nur gegen etwas sein, sondern für etwas. Daher unterstützen wir die Demokratie und die sie tragenden Parteien.“

Als offenes Netzwerk existiert die IKDR seit 2010. Ein-



Foto: Agentur Hübner

Kerstin Drömann und Lars Dedekind.



Foto: Agentur Hübner

In der Landeskirche Braunschweig halten sich mittlerweile rund 70 Personen zur Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“.

geladen zum Engagement sind Einzelpersonen, Organisationen, Kirchengemeinden und -kreise. Im Laufe der Zeit weitete sich die Initiative über die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers auf die Landeskirchen Braunschweig und Schaumburg-Lippe, die Kirche in Oldenburg sowie die Evangelisch-reformierte Kirche in ganz Niedersachsen aus. Geleitet wird die Initiative durch einen Sprecher/-innenrat. Die Geschäftsstelle befindet sich im Haus kirchlicher Dienste der hannoverschen Landeskirche.

| Michael Siano

 www.ikdr-niedersachsen.de